

Gegen die Wohnungsnot.

Der Berliner Magistrat fordert fünf Millionen Mark.

Vor etwa zwei Monaten wurden die Verhandlungen zur einheitlichen Bekämpfung der Wohnungsnot durch die Groß-Berliner Gemeinden aufgenommen, aber zu einem praktischen Ergebnis haben sie bisher nicht geführt. Es ist, wie uns mitgeteilt wird, der Vorschlag gemacht worden, daß die einzelnen Gemeinden sich je nach ihrer Größe zur Errichtung von Arbeiterwohnungen bereit erklären sollen, aber über die Möglichkeit der Ausführung dieses Vorschlages oder einer anderen Art des Zusammengehens Berlins mit den Vororten in dieser Sache herrscht noch vollständige Unklarheit. So wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, ist nicht allzu viel Hoffnung vorhanden, daß gemeinsame Schritte zur Schaffung von Kleinwohnungen durch die Gemeinden unternommen werden.

Die einzelnen Gemeinden gehen im Gegenteil jetzt daran, selbständige Maßnahmen zur Besserung der Wohnungsverhältnisse zu treffen. Der Berliner Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, in einer besonderen Vorlage von der Stadtverordnetenversammlung fünf Millionen Mark als Kriegsvorschuß zur Beschaffung von Rohstoffen zur Verwendung für die Herrichtung von leerstehenden Wohnungen und für den Umbau von leerstehenden Läden und sonstigen Baulichkeiten zu fordern. Er geht dabei von der Erwägung aus, daß es sich um eine Kriegsmäßnahme handelt und Reich und Staat verpflichtet sind, die der Stadt entstehenden Kosten später wenigstens zum Teil zu ersetzen. Den Zusammenschluß der Groß-Berliner Gemeinden zu einem Wohnungsverband will der Magistrat weiter verfolgen. Er betont deshalb, daß er seine Aufgaben auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge durch die jetzt beantragte Vorlage nicht als erschöpft ansieht. Für Berlin ist es ja auch besonders schwer, Kleinhausstedenungen neu zu schaffen, weil nur noch verhältnismäßig wenige Gelände dafür vorhanden sind. Eine Voraussetzung dafür wären umfangreiche Eingemeindungen.

Auch die Vorortgemeinden entwerfen besondere Pläne für die Bekämpfung der Wohnungsnot. Wir haben gestern schon berichtet, daß der Pichtenberger Magistrat in der Wuhlheide eine große Siedlung zu schaffen beabsichtigt, und auch Schöneberg und Neukölln tragen sich, wie wir hören, schon mit bestimmten Plänen. Von den kleineren Vororten hat Altglienicke bei Johannistal in diesen Tagen beschlossen, den Gemeinden Groß-Dickersfelde, Spandau und Teltow in dem Bau gemeindlicher Kolonien zu folgen. In der Rudowstraße soll eine Kleinhaus-siedlung errichtet werden, für die man bereits den Namen „Waldmannshöhe“ gewählt hat.